

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 405
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 05 85 645-48 pppn d

Inhalt

Egon Lutz MdB, Obmann der Arbeitsgruppe "Probleme des Arbeitsmarkts" der SPD-Bundestagsfraktion, resümiert über Biedenkopfs "Arbeitsmarktprogramm für die Gegenwart und Zukunft": Blendwerk.
Seite 1/2

Bruno Friedrich MdB, Europawahlbeauftragter des SPD-Vorstandes, untersucht die Europa-Argumentation von CDU/CSU und FDP: Kein eigenes Programm, aber andere diffamieren.
Seite 3/4

Lenelotte von Bothmer MdB, Präsidentin der deutsch-arabischen Gesellschaft, warnt zum Friedensschluß zwischen Israel und Ägypten vor andauerndem arabischen Zwiespalt.
Seite 5/6

Dietrich Sperling MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesbauministerium, wendet sich gegen Ghettos für Ausländer.
Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 59

26. März 1979

Biedenkopf's Blendwerk

Auseinandersetzungen mit des Professors "Arbeitsmarktprogramm für die Gegenwart und Zukunft"

Von Egon Lutz MdB
Obmann der Arbeitsgruppe "Probleme des Arbeitsmarktes" der SPD-Bundestagsfraktion

Sitzungsfreie Wochen haben ihr gutes. Es bleiben da immer ein paar Stunden, in denen man lesenswertes aufarbeiten kann. Zum Beispiel die neuesten Erkenntnisse des Herrn Kurt H. Biedenkopf über ein "Arbeitsmarktprogramm für die Gegenwart und Zukunft", dargeboten in der Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" vom 3. März 1979. Endlich ein Politiker, so hofft man, der die Dinge umfassend sieht und glaubt, schlüssige Rezepte in einer der schwierigsten Fragen unserer Zeit anbieten zu können. Man liest und liest und setzt sich dann verärgert an die Schreibmaschine, weil dem Herrn Biedenkopf und den Gelsterschreibern seines Institutes halt auch wieder nur einige Interessenbedingte Platitüden eingefallen sind. Mit denen allerdings sollten wir uns beschäftigen.

"Biedenkopf kompreß" wäre etwa wie folgt darzustellen:

1. Der Meister bedient sich im analytischen Teil aller allseits bekannten Erkenntnisse, faßt sie zusammen und erklärt, es fehle an einer zureichenden Analyse, es fehle an der Bereitschaft, erkennbare Fehlentwicklungen zu berücksichtigen und es mangle an einem einheitlichen Vorgehen von Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik. Später führt er dann alle sonstigen Politiken auf, die arbeitsmarktpolitische Bedeutung haben. Das muß er direkt vom Ehrenberg abgeschrieben haben. Neu ist es nicht. Ein Biedenkopf mit Bart wirkt lächerlich.
2. Alsdann widmet sich der Gelehrte der Gegenwart und Zukunft. Er findet, die Lohnkosten müßten gesenkt, die Sozialkosten müßten gesenkt, die Steuern und Abgaben

müßten gesenkt, die sozialen Risiken müßten privatisiert und die Personalpolitik der öffentlichen Hände müsse restriktiv gefahren werden. Das ist Biedenkopf im Originalton, aber auch nicht mehr neu.

3. Der Staat, der laut Biedenkopf mit erheblich geringeren Mitteln auskommen muß, hat ferner folgendes zu tun:
- a/ deutsche Waren, deutsche Erfindungen international bekannt zu machen (was Geld kostet),
 - b/ gezielt die Gründung neuer unternehmerischer Existenzen zu fördern (was auch nicht billig ist),
 - c/ ähnlich wie beim Wohngeld den Arbeitgebern die Beschäftigung von un- oder ange-lernten Arbeitskräften entweder durch die Übernahme von Lohnkosten oder durch die Abnahme der Kosten für soziale Leistungen zu erleichtern (was in die Milliarden gehen dürfte),
 - d/ die vermeintlichen Mehrkosten der Teilzeitarbeitsplätze den Unternehmen abzunehmen,
 - e/ die sozialen Schutzgesetze für Frauen abzubauen,
 - f/ das Schwerbehindertengesetz auch auf Personen mit leichterer Behinderung auszu-dehnen, damit die Firmen keine Ausgleichsabgabe mehr leisten müssen,
 - g/ die bestehenden sozialen Schutzmaßnahmen für ältere Arbeitnehmer insoweit abzu-bauen, daß die Unternehmen nicht mehr länger unlustig sind, ältere Arbeitslose einzustellen,
 - h/ und überhaupt und außerdem Bürokratie abzubauen, Verantwortung zu stärken, Selb-ständigkeit zu ermuntern, Leistung, Ideen und Initiativen zu fördern und und und.
- Biedenkopf scheut vor keiner Platttheit zurück, insofern ist er wirklich mutig.

Wirklich mutig aber ist er in der Tat auch in der Frage, wie die Beschäftigung von Haus-gehilfinnen/Hausgehilfen den privaten Haushalten erleichtert werden könnte. Und das denkt er sich so:

- Man baue die gesellschaftlichen Diskriminierungen der privaten Haushalte als Arbeits-platz ab,
- man fördere das Interesse junger Menschen an solchen Arbeitsplätzen,
- man behandle private Haushalte auch steuerlich als Arbeitgeber
- und man verteile die sozialen Lasten der Beschäftigung von Arbeitnehmern in Privat-haushalten angemessen (auf andere).

Der Herr Professor muß Schwierigkeiten haben, die Arbeitnehmer, die er in seinem Pri-vathaushalt beschäftigt, zu bezahlen. Beharrlich reitet er nun schon seit längerer Zeit auf diesem Punkt herum. Ihm fällt vermutlich gar nicht auf, wie zynisch sein Vorschlag ist. Gesetzt den Fall, es gäbe eine Regierung, die dem Biedenkopf zu Willen wäre, was geschähe? Die es sich ohnehin leisten könnten, ihren Haushalt von anderen führen zu lassen, würden die Personalkosten voll von der Steuer absetzen können und wären ferner in der Lage, die Sozialkosten auf andere abzuwälzen. Der Arbeitnehmer-haushalt interessiert den Herrn Professor nicht. Warum? Er ist ja kein Vorstand eines solchen. Die Steuerausfälle interessieren ihn auch nicht. Warum sollten sie auch in diesem einzigen Punkt des Biedenkopfs Interesse wecken. Der Staat hat einerseits bei den Leistungen für die Allgemeinheit zu sparen, zum anderen bei denen für die Biedenköpfe zuzulegen. Punktum! So etwas, mit Verlaub, ist derzeit Vorsitzender des Bundestags-ausschusses für Wirtschaft.

(-/26.3.1979/ks/ca)

Union und FDP ohne eigenes Europa-Programm

CDU/CSU diffamiert die eigenen Beschlüsse als Klassenkampf

Von Bruno Friedrich MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und
Europawahlbeauftragter des SPD-Parteivorstandes

Die CDU hat die letzten zwölf Monate hindurch keinen einzigen konstruktiven Beitrag für die Europa-Diskussion geleistet. Ihre Kandidaten für die Europa-Wahl kennt man kaum in den Bundesländern, in denen sie nominiert sind. Eine eigene politische Europa-Dimension wurde nicht abgesteckt. Die CDU/CSU flüchtete in die Verdächtigung, Verzerrung und Verfälschung der SPD, und die Lautstärke der Diffamierung sollte den Konflikt im eigenen Lager überdecken.

Für Helmut Kohl hat sich die SPD von der Volkspartei zur Klassenpartei zurückentwickelt. Für Generalsekretär Geißler ist Willy Brandt die "geistige Verbindung" zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus, und Herbert Wehner ist für die hessische CDU Dreggers "das Vollzugsorgan Moskaus". Die CSU setzt die Antigewerkschaftskampagne Biedenkopfs fort, und Martin Bangemann von der FDP meint, durch ein liberales Fettague auf dieser trüben Suppe werde er auch einige Wähler auf sich ziehen. Das Ganze läuft als Horrorfilm unter dem irreführenden Titel "Europäische Gesinnung". Immerhin, die SPD sollte sich auf die Steigerung dieser Kampagne einstellen.

CDU/CSU und FDP haben keine eigenen Programme vorgelegt. Sie berufen sich auf die Programme der in der Europäischen Volkspartei zusammengeschlossenen Konservativen und die Föderation der Europäischen Liberalen.

Sicher in der Überzeugung, daß die Leser ihrer Programme die Promillegende bei den Wählern nur gering übersteigen. Würden die Christdemokraten sich

ernsthaft an das Programm der Europäischen Volkspartei, würde Bangemann sich an das Programm der Föderation halten, dann wäre - diese Feststellung mag manche erstaunen - die "soziale Demokratie" als gemeinsamer Verfassungskonsens für die Europäische Gemeinschaft eine nicht umstrittene Grundsatz-Position. Die Liberalen sprechen in ihrem Europa-Programm im Zusammenhang mit der Entwicklungstendenz der Wirtschaft auf Seite 33 von einer "wachsenden Neigung zu Ungerechtigkeit, Schmarotzertum sowie zur Entwicklung größerer Privilegien und Armut...", von einer dadurch gefährdeten pluralistischen Gesellschaft, sie fordern "Eingreifen der öffentlichen Hand in die Wirtschaft einschließlich der Anwendung von Steuerinstrumenten", die Liberalen fordern "die demokratische Gesamtführung der Wirtschaft durch flexible Planung unter Mitwirkung beider Sozialpartner und Einbeziehung von Lohn- und Preisleitlinien..." (Programm Seite 33). Davon ist bei Bangemann nie die Rede, obwohl er sich ständig auf dieses Programm beruft.

Das Europa-Programm der europäischen Christdemokraten spricht von Mitbestimmung, von Verminderung der Arbeitszeit und begrüßt die verstärkte währungspolitische Zusammenarbeit; die SALT-Verhandlungen werden unterstützt; das heißt, das Europa-Programm der Europäischen Volkspartei ist mehr von den belgischen und italienischen Christdemokraten, die die Koalition in ihren Ländern mit Sozialisten suchen, geprägt.

Am 7. Februar hat die Europäische Volkspartei mit CDU und CSU in Brüssel eine Erklärung verabschiedet, in der festgestellt wird, daß qualitatives Wachstum nicht ausreicht, die europäischen Arbeitslosenprobleme zu lösen, daß Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsumverteilung notwendig sei. Dazu drei Feststellungen:

1. Die CDU/CSU wagt nicht, in der Bundesrepublik zu veröffentlichen, was sie in Brüssel beschließt.
2. Die CDU/CSU diffamiert in der Bundesrepublik ihre eigenen Beschlüsse als Klassenkampf.
3. Die CDU/CSU wird von eigenen weit rechts stehenden Kräften gehindert, die Beschlüsse der europäischen Christdemokraten in der Bundesrepublik zu vertreten. Sie bestätigt sich dadurch ihre Rolle auf dem äußersten rechten Flügel des europäischen Parteienspektrums.

(-/26.3.1979/hgy/ca)

Die arabische Welt darf nicht im Zwiespalt verharren

Der Separatfrieden Ägypten-Israel läßt viele brennende Probleme ungelöst

Von Lenelotte von Bothmer MdB

Präsidentin der deutsch-arabischen Gesellschaft

Nun scheint also doch ein Separatfrieden zustandezukommen zwischen Ägypten und Israel. Abgesehen davon, daß jedes Zustandekommen eines Friedensvertrages berechnete Genugtuung hervorruft in einer Welt, die mehr, denn je vorstellbar war, von Waffen starrt, kann dieser zustandekommende Vertrag keine große Freude auslösen. Gewiß muß man bewundern, mit welcher Energie und welchem hohem persönlichen Einsatz Präsident Carter gekämpft hat; ihm ist der Erfolg zu gönnen, der allerdings für sein Land hohe Kosten bringen wird.

Ein Separatfrieden aber ist genau das, was die Region des Nahen Ostens nicht befrieden kann. Zu viele brennende Probleme bleiben ungelöst. Da sind zunächst einmal die unerfüllt gebliebenen Bedingungen, die Westbank und den Gazastreifen betreffend, die Ägypten von Anfang an miteinbinden wollte, da sind zum anderen die seit her gewachsenen und weiter wachsende Zahl israelischer Siedlungen im besetzten Gebiet, die Fakten schaffen und Verhandlungen und Veränderungen immer aussichtsloser machen.

Da ist die Situation der umliegenden arabischen Staaten; Sie alle wünschen und hoffen auf eine Lösung des Palästinenserproblems; die politischen Gewichtungen in der Region sind ins Rutschen geraten durch den Umsturz im Iran, und die komplizierten Beziehungen zwischen den arabischen Ländern und Ländergruppen sind dadurch nicht vereinfacht worden. Zudem darf man das ständige, geschichtliche begründete Streben nach arabischer Einheit aller arabischer Länder nicht unterschätzen, das durch das bilaterale Vertragsergebnis gefährlich gestört ist.

Im Mittelpunkt des Nahostkonfliktes stehen aber von Anfang an die Palästinenser und die Israelis. Die Israelis werden durch den Friedensvertrag Wichtiges gewonnen haben: Ihnen droht keine Kriegsgefahr mehr von Ägypten, dem mächtigsten Kriegsgegner. Nur eine teilweise Rückgabe ihrer eroberten Gebiete ist ausgehandelt wor-

den, die UNO-Resolution 242 fordert seit Jahren mehr. Israel gewinnt mächtige amerikanische Garantien wirtschaftlicher und militärischer Art, mit denen es jeder Gefahr in Zukunft trotzen kann.

Was aber gewinnen die Palästinenser? Nichts. Die Autonomie auf der Westbank, die immerhin Verhandlungsthema war, sollte ja schon anfänglich nur eine sehr bedingte sein; Begin hat mehrfach betont, er denke nicht daran, irgendeine Form der echten Selbstverwaltung als Schritt zur Unabhängigkeit zuzulassen: Das Gebiet sei und bleibe Teil Groß-Israels. Nun aber scheint, abgesehen vom kleinen Gazastreifen, nicht einmal von einer Teilautonomie, was immer das auch sei, die Rede zu sein.

Im Unterschied zu den Israelis sind die Palästinenser selber nie während der verschiedenen Verhandlungsperioden ins Gespräch gezogen worden. Es wurde über sie hinwegverhandelt. Darf man sich wundern, daß sie die Äußerungen des amerikanischen Präsidenten in der allerletzten Verhandlungsphase, "man müsse mit ihnen sprechen", mit entrüsteter Ablehnung quittieren?

Betrachtet man die Gesamtsituation, so muß man zu dem Schluß kommen, es bleibt noch alles offen, und es ist leider noch sehr die Frage, ob dieser mühselig umkämpfte Schritt eine Wendung zum Besseren bringen kann.

Deshalb muß auch die Bundesregierung zusammen mit ihren europäischen Partnern dahin zu wirken versuchen, daß die arabische Welt nicht im Zwiespalt verharret. Aber ich glaube nicht, daß "Überreden" das einzig richtige Mittel sein kann. Auch muß das Gespräch mit dem palästinensischen Nationalrat begonnen werden, den alle palästinensischen Gruppen in der Diaspora gewählt haben. Denn eine echte Befriedigung betrifft die ganze Region im Nahen und Mittleren Osten und am Mittelmeer. Zudem ist sie kein regionales Problem: Sie liegt in unserem eigensten Interesse.

(-/26.3.1979/ks/ca)

+ + +

Keine Ausländerghettos schaffen!

Die gefährlichen Denkspiele des Walter Wallmann

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesbauminister

Walter Wallmann, der Oberbürgermeister von Frankfurt, hat vor einiger Zeit den Vorschlag gemacht, "besondere Wohnviertel für einzelne Volksgruppen zu fördern".

Begründet hat er dies mit den Erleichterungen, die in der Schulsituation eintreten würden, gäbe es ethnisch einheitliche Wohnviertel, in deren Schulen nur eine und nicht mehrere Sprachen in den einzelnen Klassen gesprochen würden.

Es ist heute nicht nur in Frankfurt, sondern auch in vielen anderen Großstädten der Bundesrepublik so, daß sich in den Innenstädten, die von den gut verdienenden Deutschen verlassen werden, die Ausländer sammeln, aber nicht nur sie, sondern auch Studenten, Rentner und andere, die sich teureres, grüneres und weniger lärmelastiges Wohnen außerhalb des Althausbestandes der Innenstädte nicht mehr leisten können.

Der Prozeß ist bekannt: In so bewohnten Vierteln wird weniger investiert und modernisiert und auch seitens der Gemeinden weniger getan. Ein Viertel "sinkt" ab. Ausländer und Studenten haben ja in der Regel kein Wahlrecht. Wohnviertel für Volksgruppen zu fördern, hieße diesen Prozeß und die Spekulation mit Boden und Wohnungen zu verstärken. Ich halte die Denkspiele von Walter Wallmann jedoch nicht nur aus diesen Gründen für gefährlich.

Er wendet sich gegen "Integration", indem er sie mit der abzulehnenden Gleichmacherei gleichsetzt. Dieses Verfahren ist allzu einfach. Walter Wallmann möchte Ausländer als Arbeitskräfte, als Produzenten und als Käufer, als Konsumenten akzeptieren; in dem Prozeß der Produktion werden sie einbezogen, also integriert, nicht aber als Mitbürger und Mitmenschen. Wohnen und leben sollen sie getrennt von ihren deutschen Arbeitskollegen.

Trennung bedeutet Nichtkennen und Fremdbleiben, bedeutet einander Nichtverstehen und letztlich Benachteiligung der Minderheiten bei der Vergabe der knappen öffentlichen Mittel. Dies fördert den sozialen Unfrieden und nicht das friedliche Miteinander-Leben, das Kennen und Respektieren der Unterschiede einschließt.

Der Forderung nach eigenen Wohnvierteln für Ausländer und eigene Schulen folgt logisch die Forderung nach eigener Verwaltung, eigener Polizei, eigenem Recht. Man könnte dieses mittelalterliche Denken weiterführen: Fließbänder und Fertigungen in den Fabriken getrennt nach Nationalität der Arbeitenden.

Die Konsequenz wird absurd.

Man kann Walter Wallmann nur empfehlen, anstatt über mittelalterliche Sozialvorstellungen nachzudenken, sich den konkreten Frankfurter Problemen zu widmen. Die Schulprobleme, die er durch Ghettobildung verringern will, ließen sich vielleicht durch praktische Politik und bessere Planung lösen.

(-/26.3.1979/ks/oa)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl